

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Mit wem muss und soll der Dialog im israelisch-palästinensischen Konflikt stattfinden?

Muriel Asseburg

Ein Beitrag aus der Tagung:

Partner für den Frieden

Mit Hamas und Fatah reden

Bad Boll, 11. – 13. Juni 2010, Tagungsnummer: 430410

Tagungsleitung: Dr. Manfred Budzinski, Wiltrud Rösch-Metzler

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2010 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Mit wem muss und soll der Dialog im israelisch-palästinensischen Konflikt stattfinden?

Muriel Asseburg

Mit wem reden? Dies hängt zunächst einmal davon ab, was wir erreichen wollen. Anders als in anderen Ländern werden wir uns in Deutschland, wenn wir nach unseren Zielen im Nahen Osten fragen, neben Interessen wie Rohstoffsicherung, Abwehr von Sicherheitsrisiken und gutnachbarschaftlichen Beziehungen, auch auf die sogenannte „historische Verantwortung“ beziehen, die es gilt, auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene umzusetzen. Für mich hat diese Verantwortung drei wichtige Implikationen. Sie fordert von uns:

- 1) einen fortgesetzten Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und Islamophobie in unserer eigenen Gesellschaft sowie ein konsequentes Eintreten für einen effektiven Menschenrechtsschutz und die Achtung internationalen Rechts weltweit;
- 2) die Pflege enger gesellschaftlicher und politischer Beziehungen zu Israel und die gemeinsame Auseinandersetzung mit Israelis über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft;
- 3) ein herausgehobenes deutsches Engagement für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels.

Letztere, so meine Überzeugung – und auch die offizielle Position der Bundesregierung sowie der EU – kann nur durch eine Friedensregelung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn erreicht werden. Das Engagement ist daher auf eine Zwei-Staaten-Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts gerichtet, eingebunden in eine umfassende Friedensregelung nach dem „Land für Frieden“-Prinzip. Es beinhaltet hingegen nicht die pauschale Unterstützung israelischer Regierungspositionen oder die unhinterfragte Übernahme israelischer Sicherheitskonzeptionen – insbesondere dann nicht, wenn diese mit dem 1. Element (effektiver Menschenrechtsschutz und Völkerrecht) im Widerspruch stehen.

Alle drei Elemente erfordern Dialog auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene, wenngleich dieser freilich nicht ausreichend ist, um die jeweiligen Ziele zu erreichen. Es geht daher auch um konkrete politische Maßnahmen.

Dabei ist grundsätzlich die Unterscheidungen zwischen erstens *Dialog und Kontakten*, zweitens *Kooperation* und drittens *Partnerschaft* sinnvoll. Bei Kontakten und Dialog sollten wir grundsätzlich von Verboten, ideologischen Herangehensweisen und Ausgrenzungen Abstand nehmen. Denn in der Regel schwächen wir nicht den Akteur, mit dem wir nicht reden, sondern nehmen uns selbst die Chance, diesen Akteur besser zu verstehen – seine Weltsicht, seine Strategien und Taktiken, seine Verwurzelung in der Bevölkerung, etc. Wir nehmen uns auch selbst die Chance auszuloten, ob gemeinsame

Interessen bestehen, inwiefern eine pragmatische Kooperation möglich ist und wo Ansatzpunkte für effektiven Druck existieren. Während wir letzteres, also eine Partnerschaft, sinnvollerweise nur mit demjenigen eingehen werden, mit dem wir ein großes Maß an Interessen und Wertvorstellungen teilen, können wir im Bezug auf konkrete politische, gesellschaftliche, ökonomische Fragen auch mit Akteuren kooperieren, mit denen wir nur bestimmte Interessen teilen. Dies kann auch erlauben, Meinungsverschiedenheiten und Kritik anzusprechen. Wir sehen dies, um ein Beispiel zu geben, sehr deutlich bei den offiziellen deutsch-chinesischen oder deutsch-saudischen Beziehungen.

Grundsätzlich halte ich es also nicht für sinnvoll, nur mit Gleichgesinnten zu reden. Dies gilt umso mehr, wenn wir uns einem Konflikt gegenüber sehen. Hier können Drittparteien – und zwar unabhängig davon, ob es sich um Regierungen oder gesellschaftliche Organisationen handelt – nur dann eine sinnvolle vermittelnde Rolle übernehmen, wenn sie Kontakt mit allen wichtigen beteiligten Parteien pflegen und die Interessen aller dieser Parteien zur Kenntnis nehmen und bei Bemühungen um Konfliktregelung einbeziehen. Das bedeutet nicht automatisch, dass sie alle Interessen gleich gewichten. Hier kann durchaus differenziert werden. Aber ein Ansatz des Konfliktmanagements oder der Konfliktregelung, der wichtige Parteien ausschließt, wird kaum zum Erfolg führen. Dies ist auch hier völlig unabhängig davon, ob wir die ideologische Ausrichtung solcher Akteure teilen, gutheißen oder ablehnen.

In diesem Zusammenhang ist es auch sinnvoll zu unterscheiden zwischen solchen Aktivitäten, die auf Introspektion und die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit ausgerichtet sind, und solchen, die der zivilen Konfliktbearbeitung in Drittländern dienen sollen. Bei letzteren müssen die Situation vor Ort und die Interessen der Konfliktparteien im Vordergrund stehen. Die Bearbeitung der eigenen Geschichte und die Selbstvergewisserung über die eigene Identität muss hingegen in den Hintergrund treten.

Im vorliegenden Fall, dem israelisch-palästinensischen Konflikt, scheint mir unstrittig zu sein, dass die deutsche Politik den Dialog mit Israel – und zwar sowohl mit der Regierung als auch mit der politischen Opposition und nicht zuletzt mit der Zivilgesellschaft – pflegen will, dass sie hier kooperieren und eine enge Partnerschaft will. Diese Partnerschaft stößt jedoch auch an ihre Grenzen in der deutschen Ablehnung etwa von Besatzung, Siedlungspolitik und unverhältnismäßigen Militäreinsätzen.

Darüber hinaus haben wir – und das gilt sowohl für die politische als auch die gesellschaftliche Ebene – bislang vernachlässigt, mit denjenigen Israelis zu sprechen, die wir nicht als Gleichgesinnte sehen. Im Wesentlichen pflegen wir den Dialog mit der Regierung und mit denjenigen, die wir als Friedenskräfte sehen. Demgegenüber vernachlässigen wir den Kontakt zu wichtigen Gruppen der israelischen Gesellschaft, die sich nicht als Friedenskräfte gerieren, etwa Vertreter der Nationalreligiösen, der Ultraorthodoxen, der Siedlerbewegung, etc. Damit blenden wir einen großen und zunehmend wichtiger werdenden Teil des Spektrums der israelischen Gesellschaft aus. Dies führt dazu, dass wir ein verzerrtes Bild der israelischen Gesellschaft haben und uns dieses erhalten. Auf der politischen Ebene führt es überdies leicht zu Fehleinschätzungen, die dazu führen können, dass politisches Kapital verspielt wird. Dies ist etwa bei dem Ansatz des US-amerikanischen Präsidenten, Barack Obama, deutlich ge-

worden, der zunächst 2009/2010 auf einen vollständigen Siedlungsstopp abzielte, ohne den tatsächlichen Einfluss der Siedlerbewegung in Betracht zu ziehen. Damit war auch schwierig zu kalkulieren, wieviel Druck er hätte aufbauen müssen, um die Kosten-Nutzen-Rechnung des israelischen Premierministers in seinem Sinne zu beeinflussen. Letztlich werden wir an einer aktiven Einbindung dieser Gruppierungen nicht vorbeikommen, wenn es um eine Friedensregelung geht.

Wie sieht es auf der palästinensischen Seite aus? Ich denke, dass es heutzutage ebenso unstrittig ist, dass die deutsche Politik mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und der von ihm eingesetzten Regierung unter Salam Fayyad in der West Bank redet, kooperiert und sie als Partner betrachtet. Das tut sie, obwohl die Amtszeit des Präsidenten spätestens im Januar 2010 abgelaufen ist und die Fayyad-Regierung nicht, wie im palästinensischen Grundgesetz vorgesehen, vom palästinensischen Legislativrat bestätigt worden ist. Es ist trotzdem richtig. Denn in erster Linie kooperiert sie mit dem Ziel, den Aufbau eines palästinensischen Staates in den 1967 von Israel besetzten Gebieten zu unterstützen und dadurch ganz konkret zu einer Zwei-Staaten-Lösung beizutragen. Dabei geht kein Weg an den quasi- oder prästaatlichen palästinensischen Institutionen vorbei. Dies fällt insofern relativ leicht, als die PLO der Gewalt abgeschworen, Israel anerkannt sowie eine Konfliktregelung auf dem Verhandlungswege akzeptiert hat. Dennoch sollte die deutsche Politik nicht vernachlässigen, dass der Machtkampf zwischen Fatah und Hamas Auswirkungen auf die Herrschaftsausübung und das politische System nicht nur im Gaza-Streifen sondern auch in der West Bank hat. Denn dort ist eben kein demokratischer Staat im Entstehen begriffen.

Aber lassen Sie mich zunächst zurückkommen zu der Frage: Mit wem reden? Was in Deutschland auch unstrittig ist, sind Kontakte zur palästinensischen Zivilgesellschaft – genauer gesagt, zu dem Teil der Gesellschaft, der in der Regel seinen politischen Hintergrund im linksliberalen Spektrum hat, der in der Regel säkular eingestellt ist und sich in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) organisiert. Dieses Spektrum teilt (zumindest vermeintlich) westliche Werte, ist oft im Ausland ausgebildet, spricht in der Regel fließend englisch und ist – etwas überspitzt formuliert – besonders gut darin, in Förderungsanträgen die erwünschten Schlagworte zu nutzen: von Geschlechterdemokratie und Frauenförderung über Capacity Building und Empowerment bis hin zu people-two-people oder sonstigen Kooperationsprogrammen mit Israel. Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden: ich will keineswegs sagen, dass wir mit diesen Leuten nicht reden oder nicht kooperieren sollen. Im Gegenteil. Was ich vielmehr hervorheben möchte ist, dass wir unseren Dialog auch auf der palästinensischen Seite in der Regel auf solche Vertreter beschränken, die nur einen kleinen Teil der Gesellschaft repräsentieren. Und dass wir diejenigen, die ein weiteres wichtiges Segment repräsentieren, in der Regel außen vor lassen: den religiös geprägten Sektor, der einen großen Teil der palästinensischen Zivilgesellschaft ausmacht. Das ist problematisch, weil wir uns auch hier der Illusion hingeben, uns ein Bild zu machen – aber in Wirklichkeit nur einen kleinen Ausschnitt sehen. Es ist auch problematisch, weil wir uns in der Information über dieses Segment auf die Information und Interpretation durch andere, die eine von ihren jeweiligen Interessen bestimmte Sichtweise haben, verlassen. Dies verhindert nicht zuletzt oft, dass wir zur Kenntnis nehmen, wie kontrovers in diesem Bereich diskutiert wird, wie heftig um gesellschaftliche Fragen gerungen wird und wie sich Positionen verändern.

Diese Einschränkung der Dialogpartner ist darüber hinaus auch deshalb besonders problematisch, weil die deutsche (und europäische) Politik nicht nur einen Teil der Gesellschaft ausblendet, sondern sich selbst auferlegt hat, mit denjenigen, die die palästinensischen Wahlen im Januar 2006 – Wahlen, die die EU für (unter den Umständen der fortdauernden Besatzung) frei und fair erklärt hat – gewonnen haben und die seit Juni 2007 die effektive Macht im Gaza-Streifen innehaben, also der Hamas, nicht zu reden und nicht zu kooperieren. Präziser gesagt hat die EU im Rahmen des Nahostquartetts Dialog und Kooperation an Bedingungen geknüpft, bei denen sie davon ausgehen konnte, dass sie von Hamas nicht erfüllt werden würden, nämlich die sogenannten Quartett-Kriterien. Diese Nichtkooperation mit der Hamas und der von ihr geführten Regierung (März 2006 – März 2007 sowie seit Juni 2007 im Gaza-Streifen) sowie, wenn auch in abgeschwächter Form, mit der Regierung der nationalen Einheit (März – Juni 2007) hat dazu beigetragen, die innerpalästinensische Spaltung weiter zuzuspitzen, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe.¹ Sie hat damit Auswirkungen gehabt, die unseren Politikzielen in der Region diametral entgegenstehen und die unseren Mitteleinsatz äußerst ineffektiv machen. Dies betrifft insbesondere drei, eng miteinander verknüpfte Bereiche:

Es betrifft erstens den Aufbau von transparenten, verantwortlichen und demokratischen politischen Institutionen in den palästinensischen Gebieten. Dies ist nicht möglich, so lange die politische Spaltung andauert, Wahlen nicht stattfinden können und weder in der West Bank noch im Gaza-Streifen eine demokratische Kontrolle der Exekutive stattfinden kann. Die Voraussetzung dafür wäre daher die Überwindung der Spaltung durch die Einigung auf ein zumindest minimales Machtteilungsarrangement zwischen Hamas und Fatah. In der Tat gibt es viele interne und externe Faktoren, die eine solche Einigung verhindern – nicht zuletzt das Interesse beider Parteien bzw. Bewegungen, die De-facto-Kontrolle, die sie momentan über einen Teil des Gebiets ausüben, nicht aufzugeben. Dies widerspricht allerdings klar dem, was sich die Mehrheit der Palästinenser wünscht, nämlich ein Ende der Spaltung und nationale Aussöhnung. Von unserer Seite könnte letztlich insbesondere ein Faktor beeinflusst werden: Das Nahostquartett hat zwar wiederholt deklariert, dass es eine Regierung der nationalen Einheit unterstützen würde, *de facto* haben die Signale an Präsident Abbas dieser Position aber bislang widersprochen. Insbesondere die USA haben deutlich gemacht, dass sie keine Einheitsregierung wünschen. Die Europäer haben signalisiert, dass eine Kooperation seitens des Westens mit einer solchen Einheitsregierung nur möglich wäre, wenn letztere die sogenannten Quartettkriterien anerkennen würde. Selbst dann wäre allerdings unklar, wie die EU mit der Tatsache umgehen würde, dass Hamas auf ihrer Liste der terroristischen Organisationen steht und eine finanzielle Kooperation daher nicht möglich wäre. Letztlich stellt sich die deutsche und europäische Haltung als widersprüchlich dar: obwohl mittlerweile die europäische Reaktion auf die Wahlen 2006 und die folgende Isolationspolitik gegenüber der Hamas als Fehler angesehen wird, findet – bislang – keine Politikänderung statt.

Es betrifft zweitens die Wiederaufnahme eines substantiellen israelisch-palästinensischen Friedensprozesses, der in absehbarer Zeit zum Abschluss eines Friedensabkommens führt. Hierfür ist ein palästinensischer Grundkonsens darüber notwendig, dass die PLO die Unterstützung aller relevanten politischen Kräfte hat, um mit Israel zu verhandeln (wie es zum Beispiel im mittlerweile obsoleten Mekka-Abkommen von 2007 festgelegt wurde). Nur wenn diese grundsätzliche Unterstützung gege-

¹ Vgl. Muriel Asseburg, „*Fatahland und Hamastan*“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2007 (SWP-Aktuell 35/07).

ben ist, wird es möglich sein, Verhandlungen ohne allzu große Störmanöver von palästinensischer Seite zu führen und ein eventuelles Friedensabkommen letztlich auch zu implementieren.

Es betrifft drittens die Etablierung eines lebensfähigen palästinensischen Staates. Dies ist nicht möglich, so lange die geographische Spaltung zwischen West Bank und Gaza-Streifen und die Blockade des Gaza-Streifens andauert. Solange kann es auch Premierminister Salam Fayyad nicht gelingen, *bottom up* einen palästinensischen De-facto-Staat in den 1967 besetzten Gebieten zu errichten, wie im August 2009 angekündigt. Denn die notwendige Kontrolle hat die Ramallah-Regierung nur in den unverbundenen Enklaven der West Bank, die rund 40% der Fläche ausmachen – nicht aber in den sogenannten C-Gebieten der West Bank, in Ost-Jerusalem und vor allem eben im Gaza-Streifen. Zudem ist die Isolationspolitik gegenüber der Hamas eng verknüpft mit der seit nunmehr vier Jahren andauernde Blockade des Gaza-Streifens, die zu einer katastrophalen humanitären Situation für die ansässige Bevölkerung geführt und sie völlig von internationalen Hilfslieferungen und der Hamas abhängig gemacht hat. Die Hamas hingegen hat von ihr nur profitiert. Ende Mai 2010 hat diese Blockade nun endlich, wenn auch auf tragische Art und Weise, die gebührende internationale Aufmerksamkeit gefunden.

Lassen Sie mich diesen Punkt ausführen: Obwohl die Gebergemeinschaft nach dem Gaza-Krieg zur Jahreswende 2008/2009 im März 2009 in Sharm al-Sheikh großzügige Unterstützungszusagen (in Höhe von rund 4,5 Milliarden US-Dollar) gemacht hat, hat es seitdem keinen umfassenden Wiederaufbau und keine substantiellen Fortschritte bei der Verbesserung der humanitären und sozio-ökonomischen Lage im Gaza-Streifen gegeben. Denn auch nach dem Ende der Kampfhandlungen hielten Israel und Ägypten die Übergänge in den Gaza-Streifen grundsätzlich geschlossen und verhinderten Einfuhren – abgesehen von einem Minimum an humanitärer Hilfe. Nach Angaben der Vereinten Nationen liegen die zugelassenen Einfuhren weit unterhalb des notwendigen Minimums. Insbesondere hat Israel bislang nahezu keine Baumaterialien (insbesondere Zement und Stahl) in den Gaza-Streifen gelassen und willkürliche Verbotslisten von Gütern aufgestellt, die nicht eingeführt werden dürfen, u.a. Papier, Bücher, bestimmte Lebensmittel, etc. Auch Ausfuhren wurden kaum zugelassen, so dass die export-orientierte Wirtschaft des Gaza-Streifens nahezu vollständig zusammengebrochen ist. Die Energie- und Trinkwasserversorgung bleibt stark eingeschränkt. Die Mehrheit der Bevölkerung leidet unter Stromausfällen von bis zu zwölf Stunden pro Tag. Nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) laufen täglich 60 bis 80 Millionen Liter ungeklärten oder nur teilweise geklärten Abwassers ins Mittelmeer, was langfristige Gesundheits- und Umweltschäden zeitigen wird. Die Blockade hat die lokale Wirtschaft nahezu vollständig zerstört. Dadurch ist die Bevölkerung in hohem Maße von der Nothilfe der internationalen Gemeinschaft und den durch die Tunnel unter der Grenze zu Ägypten eingeführten Waren abhängig. Nach OCHA-Angaben von November 2009 leiden 60 Prozent der Einwohner an akuter Unterversorgung mit Nahrungsmitteln.

Zwar sollten der Krieg 2008/2009 und die Blockade in erster Linie die im Gaza-Streifen herrschende Hamas treffen. Dennoch konnte die Hamas-Regierung – trotz Popularitätsverlust – ihre Kontrolle über Territorium, politische Institutionen und die Gesellschaft des Gaza-Streifens seit ihrer Machtübernahme weiter konsolidieren. Die Bevölkerung Gazas ist zunehmend isoliert – von der West Bank

und Jerusalem, von ihrer arabischen Umgebung und der Welt; sie hat keine Möglichkeit, das Hamas-Regime abzuschütteln. Zudem hat die Hamas durch die Organisation, Leitung und Besteuerung des Tunnelhandels ihre Kontrolle über die Wirtschaft Gazas ausgeweitet und sich zusätzliche Einnahmequellen verschafft. Letztlich hat die Blockade sich als kontraproduktiv erwiesen, um die von Israel formulierten Ziele zu erfüllen: die Schwächung der Hamas bzw. das Herbeiführen eines Regimewechsels, die Befreiung des israelischen Soldaten Gilad Shalit und die Verhinderung von Waffenschmuggel in den Gaza-Streifen.

Ich denke es ist sinnvoll, in diesem Zusammenhang auf zwei Widersprüche hinzuweisen: Erstens hat die EU (und auch deutsche Politiker) schon früh die Aufhebung der Blockade verlangt. Sie hat sich dann aber schwer getan, diese Position auch überzeugend politisch einzufordern – weil sie den Positionen Israels, der Ramallah-Regierung und Ägyptens widersprach, aber auch, weil die Europäer nicht wussten, wie sie in diesem Zusammenhang mit der Hamas-Regierung im Gaza-Streifen umgehen sollten. Insofern haben Deutschland und die EU die Blockade des Gaza-Streifens mitgetragen. Denn sie waren nach der Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen im Juni 2007 nicht bereit, mit letzterer zu kooperieren, um eine Lösung zu finden, die Blockade zu überwinden und die Grenzübergänge geöffnet zu halten. Die EU hat ihre Grenzmission EUBAM-Rafah seitdem suspendiert. Zweitens hat Israel immer wieder davor gewarnt, mit den „Terroristen“ der Hamas zu reden. Aber Deutschland redet schon längst, und auf ausdrücklichen israelischen Wunsch, mit der Hamas – zumindest tut dies der BND, so wie er es auch mit der Hisbollah getan hat bzw. tut. Hier hat sich Deutschland in den letzten Jahren konstruktiv eingebracht, indem es versucht hat, die ägyptische Vermittlung zwischen Israel und Hamas zu unterstützen, um die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit durch einen Gefangenenaustausch zu erreichen – ein Schritt, den Israel als Bedingung für die Lockerung der Blockade formuliert hatte. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Blockade politisch letztlich mitgetragen wurde.

Zurück zur jetzigen Situation: Es wird in Zukunft schwierig für die internationale Gemeinschaft werden, das Problem, wie bislang, weitgehend zu ignorieren. Eine Lockerung der Blockade, wie jetzt von Israel bereits angekündigt und teilweise vollzogen, sowie eine zeitweise Öffnung der Übergänge seitens Ägyptens sind keine Lösung. Denn es geht nicht um das Zulassen von mehr humanitärer Hilfe, sondern darum, im Gaza-Streifen einen umfassenden Wiederaufbau zu ermöglichen, die Bevölkerung aus der Abhängigkeit und Isolation zu befreien und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Es muss daher jetzt für die Politik darum gehen, auf die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens hinzuwirken und sich für eine dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge einzusetzen, damit ein geordneter und regelmäßiger Personen- und Warenverkehr möglich wird. Dies beinhaltet nicht zuletzt, dass auch erst dann effektiv gegen Waffenschmuggel vorgegangen werden kann, wenn es einen geregelten Grenzverkehr gibt und der Tunnelhandel unterbunden werden kann.

Die Hamas wird davon nicht mehr profitieren als sie es von der jetzigen Situation tut. Allerdings – da sollten wir uns von Illusionen verabschieden – wird die Öffnung der Grenzübergänge ohne ihre Einbindung nicht gelingen. Sinnvoller als eine allmähliche und unkontrollierte Aufweichung der Kontaktsperre mit Hamas wäre es daher, zweckgerichtet und offiziell die Kommunikation mit der De-facto-Regierung im Gaza-Streifen aufzunehmen. Ziel sollte dabei sein, die Hamas in die Verantwortung zu

nehmen und wichtige Fragen zu klären – etwa mit Blick auf die Besetzung der Grenzposten. Die EU kann dazu beitragen, indem sie ihre Monitoring-Rolle in Rafah wieder aufnimmt. Darüber hinaus wird es jetzt darum gehen, über adäquate Arrangements für die Warenübergänge in Kerem Shalom und Karni nachzudenken sowie über die Kontrolle von Lieferungen, die künftig per Schiff oder Flugzeug im Gaza-Streifen ankommen.

Zusammengefasst: Wir sollten uns von Rede- und Kontaktverboten verabschieden. Dies gilt auch für Kontakte und Dialoge mit Gruppierungen, deren ideologische Ausrichtung uns nicht gefällt bzw. die nicht unsere Wertvorstellungen teilen und deren Vorgehen wir für falsch halten. Insbesondere wenn wir ernsthaft einen Beitrag zu Konfliktregelung im Nahen Osten leisten wollen, gilt es auch unbequeme Akteure in Lösungsansätze einzubinden. Richtig ist: Hamas steht auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen. Richtig ist aber auch, dass dies den Kontakt und Dialog mit Hamas nicht illegal macht. In den letzten Jahren haben ohnehin zahlreiche Wissenschaftler, aber auch Vertreter politischer Parteien an solchen Dialogen teilgenommen – nicht in Deutschland, aber in europäischen Nicht-EU-Staaten, im Gaza-Streifen oder in Damaskus. Ich halte diesen Austausch für richtig und wichtig. Er wird übrigens auch von den USA gepflegt. Noch sinnvoller wäre es allerdings, statt die Kontaktsperre lediglich langsam erodieren zu lassen, die Kontakte gezielt einzusetzen. Die Überwindung der Blockade des Gaza-Streifens sollte hierbei zunächst im Vordergrund stehen.

Dr. Muriel Asseburg ist Forschungsgruppenleiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.